



INSTYTUT SPRAW PUBLICZNYCH
THE INSTITUTE OF PUBLIC AFFAIRS

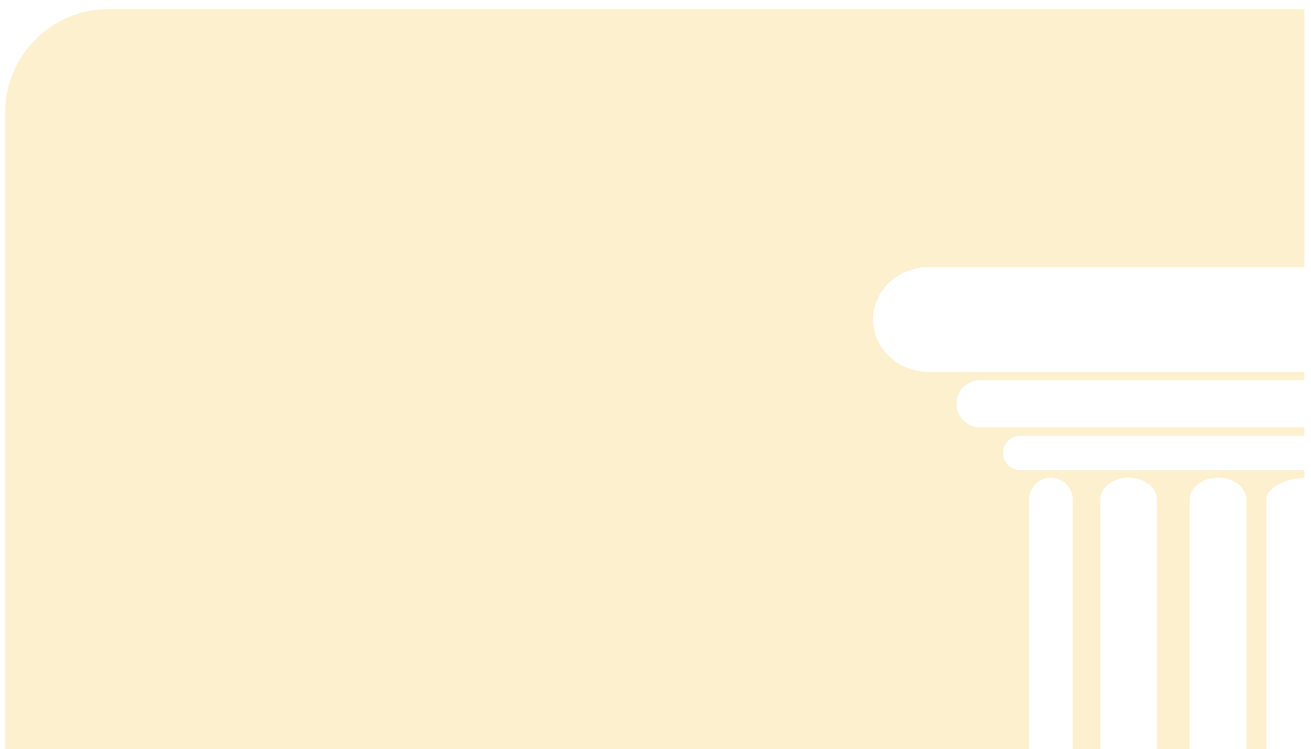
20 Jahre später

Die Meinung der Polen über die Vereinigung Deutschlands und die deutsch-polnischen Beziehungen zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit

Agnieszka Łada



Das Projekt realisiert in der Zusammenarbeit
mit der Konrad-Adenauer-Stiftung



Im Oktober 2010 begeht Deutschland den 20. Jahrestag der Vereinigung beider deutscher Staaten. Die Wiedervereinigung Deutschlands hatte in Polen viele Befürchtungen geweckt. Der Grund dafür waren vor allem die Unsicherheit über den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze und ihre Unantastbarkeit sowie die eventuellen Bestrebungen deutscher Vertriebener nach Rückgewinnung alter Besitztümer, die auf dem Gebiet liegen, das heute zu Polen gehört.

In einer Studie des CBOS (Zentrum für Meinungsforschung), die im März 1990 durchgeführt wurde, gaben 69% der Befragten an, dass sie sich von Deutschland persönlich bedroht fühlen. 85% waren der Meinung, dass nach der Vereinigung beider deutscher Staaten die Gefährdung Polens steige, und 76% befanden, dass es für die Sicherheit Polens günstiger wäre, würden zwei deutsche Staaten existieren. In den gleichen Befragungen zeigte sich gleichzeitig eine deutliche Spaltung der polnischen Gesellschaft in Gegner (41%) und Befürworter (41%) der Vereinigung Deutschlands (wobei unter den Befürwortern der Einheit die Gruppe derer dominierte, die sich zwar für die Einheit ausgesprochen hatten, allerdings in ferner Zukunft). Nicht weniger als 78% der Befragten fanden die Redewendung richtig: „Nie wird der Deutsche dem Polen Bruder sein.“ Derartige Bewertungen hingen mit Sicherheit mit der negativen Bewertung der Politik der damaligen Bundesrepublik Deutschland zusammen (51%).¹

Befragungen vom Oktober 1990 (also bereits nach der Vereinigung Deutschlands durchgeführt) zeigten, dass zwei Drittel der Polen (64%) die Vereinigung Deutschlands mit Ängsten und Befürchtungen aufgenommen hatten. Über die Hälfte (55%) der Befragten befand, dass dadurch die Bedrohung Polens gestiegen sei. Größere Chancen auf Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen durch die Vereinigung sah damals ein Fünftel (19%) der Befragten, ein Drittel hielt diese Chancen für geringer (31%). Über die Hälfte (52%) der Befragten war überdies der Meinung, dass die Vereinigung Deutschlands die Position Polens in Europa geschwächt habe, doch nur 12% der Befragten befanden, die Vereinigung stärke die Position Polens. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht verwunderlich, dass 92% der Polen der Meinung waren, dass es unbedingt notwendig sei, einen Grenzvertrag zu unterzeichnen. Von einem sehr langsamen Rückgang der Emotionalität und der Befürchtungen, die mit der Vereinigung beider deutscher Staaten zusammenhängt, zeugt im Vergleich mit dem Zeitraum, als noch Gespräche zu diesem Thema geführt wurden, dennoch der Abfall (auf 43%) des Gefühls, persönlich von Deutschland bedroht zu sein.²

Die Situation in den darauffolgenden Jahren führte nicht immer zu einem Rückgang dieser Unsicherheit. Während der Beitrittsverhandlungen befürchtete man beispielsweise, dass die Gruppe der Ausgesiedelten dem Beitritt Polens zur Europäischen Union schaden könnte. Die kommenden Jahre brachten tatsächlich Streitigkeiten um die Frage des Gedenkens der Vertreibungen. Deutschland war jedoch der treueste Anwalt bei den Bemühungen Polens um die Aufnahme in die Gemeinschaft, was die Polen wahrnahmen und zu würdigen wussten. Sympathie und Vertrauen in die Beziehungen zu Deutschland wuchsen.

¹ vgl. *Polacy wobec kwestii niemieckiej. Komunikat z badań [Polen über die deutsche Frage. Eine Studie]*, Centrum Badania Opinii Społecznej [Zentrum für Meinungsforschung], BS/79/32/90, Warschau, März 1990.

² vgl. *Polacy wobec zjednoczenia Niemiec. Komunikat z badań [Polen über die deutsche Einheit. Eine Studie]*, Centrum Badania Opinii Społecznej [Zentrum für Meinungsforschung], BS 348/126/90, Warschau, Oktober 1990.

Heute, zwanzig Jahre nach der Vereinigung, da beide Länder Mitglied der Europäischen Union sind, existiert der Großteil der Probleme und Befürchtungen von 1990 nicht mehr. Politisch wird Polen zu einem immer wichtigeren Partner Deutschlands – nicht nur wegen der starken wirtschaftlichen Verbindungen, sondern auch als Bündnispartner auf der europäischen Ebene. Auch auf der lokalen Ebene hat sich viel verändert. An die Stelle der Befürchtungen, die Polen könnten Arbeitsplätze wegnehmen, trat seitens der Deutschen die Nachfrage nach polnischen Pflegerinnen sowie die Einladung an die Polen, die verlassenen Plattenbauten in ehemaligen ostdeutschen Kleinstädten zu beziehen. Ähnliche Gesten trugen zur Reduzierung der polnischen Ängste bei. Dennoch sind nicht alle Fragen geklärt. Ein Teil – obwohl aus Sicht der verbesserten deutsch-polnischen Beziehungen nicht mehr aktuell oder nicht so wichtig – ist weiterhin in der öffentlichen Meinung lebendig. Zum 20. Jahrestag der Vereinigung muss auch daran erinnert werden, dass derzeit die Wahrnehmung dieses Ereignisses durch die Polen nicht nur durch rein deutsch-polnische Faktoren oder die Veränderungen der Lage in ganz Europa beeinflusst ist. Die Polen assoziieren die Vereinigung auch mit dem Umbruch in ihrem eigenen Land, mit dem Ende des Kalten Krieges. Der Zusammenhang zwischen dem Prozess der Vereinigung Deutschlands und dem Prozess des Aufbaus einer Demokratie in Polen mag deshalb in der polnischen Gesellschaft die Überzeugung von einem gemeinsamen deutsch-polnischen Schicksal hervorrufen.

Im Hinblick auf die oben angeführten Umfrageergebnisse von 1990 und die obigen Überlegungen gibt das zwanzigjährige Jubiläum der Wiedervereinigung Anlass zu der Frage, wie die Polen zwanzig Jahre später die deutsche Einheit und ihren Einfluss auf das Schicksal Europas und Polens sowie auf die Beziehungen zu Deutschland bewerten. Bemerkenswert sind ebenfalls die Bewertungen aktueller Probleme, die der polnischen Gesellschaft in den gegenseitigen Beziehungen auffallen, sowie die Haltung zur aktuellen Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Die im Folgenden zu besprechende Studie des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten wurde mit einer repräsentativen Gruppe von 1.000 Polen über 15 Jahre vom 2. bis 6. September 2010 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden mit denen von Studien aus den Jahren 2000, 2005, 2008 und 2009 verglichen.³

Das Verhältnis der Polen zur deutschen Einheit und ihrem Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen sowie das Schicksal Europas

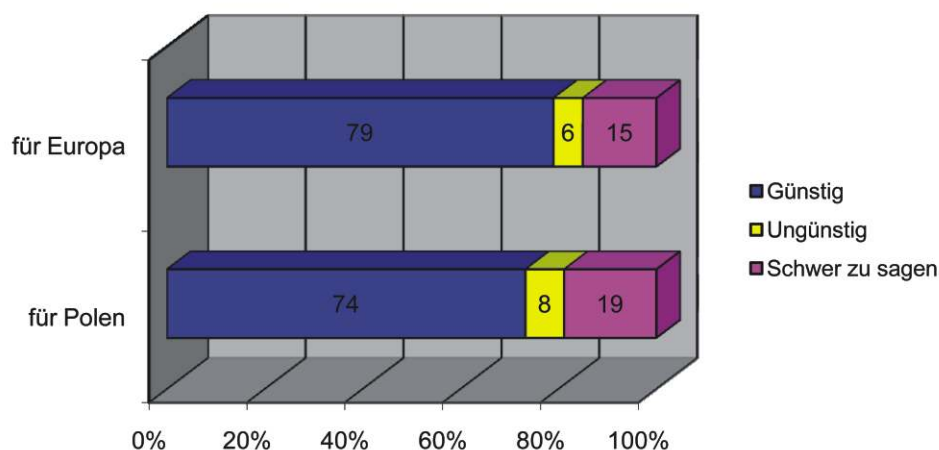
Die Vereinigung Deutschlands wurde von vielen Hoffnungen, aber auch Befürchtungen begleitet. Die übrigen europäischen Länder machten sich darüber Gedanken, wie sich dieser Prozess der Entstehung eines vereinten deutschen Staates auf die Sicherheit des Kontinents und auf seine politische und wirtschaftliche Stabilität auswirken würde. Man befürchtete eine deutsche Dominanz. Besonders in Polen war die Angst um den Grenzverlauf und die Sicherheit des Landes groß. Die Zukunft der Beziehungen zwischen Polen, das sich im Prozess intensiver demokratischer Umwälzungen befand, und dem vereinten Deutschland stand für viele Polen unter einem Fragezeichen.

Die gemeinsame Unterzeichnung des Grenzvertrages im November 1990, also bereits nach der Vereinigung Deutschlands, sowie der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit im Juni 1991 brachte Polen Stabilität in den Beziehungen zu Deutschland. Die Bewertung der Folgen der Vereinigung für Polen und Europa wurde jedoch mit Sicherheit von

³ vgl. die vollständigen Studien von 2000, 2005 und 2008: L. Kolarska-Bobińska, A. Łada: *Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa*, Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten], Warschau 2009.

späteren Ereignissen beeinflusst: angefangen vom Beitritt Polens zur Europäischen Union und der Rolle Berlins in diesem Prozess, über die Beziehungen Deutschlands zu Russland, bis hin zu einzelnen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen.

Diagramm 1. Allgemeine Bewertung der Folgen der deutschen Einheit für Polen und Europa (in %)



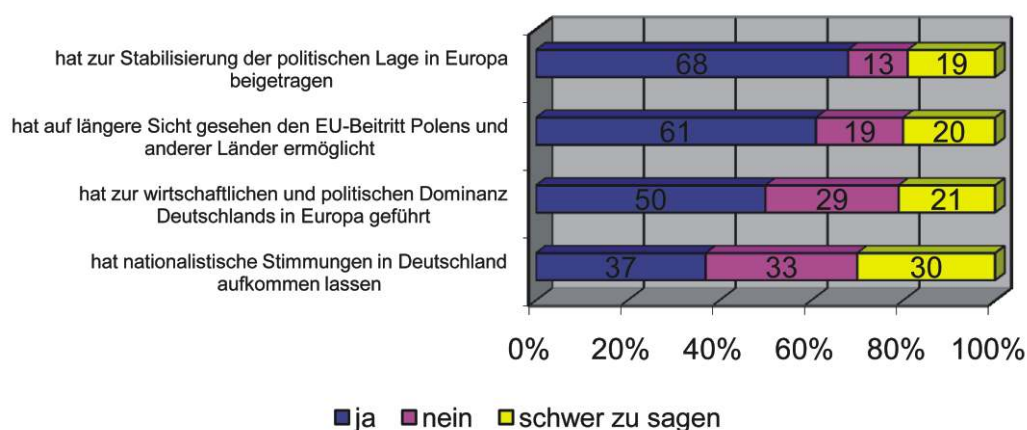
Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2010

Die Bewertung der Vereinigung Deutschlands

Die eindeutige Mehrheit der Polen ist der Meinung, dass die Vereinigung beider deutscher Staaten vorteilhaft sowohl für Europa (71%) als auch für Polen (74%) gewesen ist. Die Mehrzahl der Befragten sieht jedoch mehr Vorteile für den gesamten Kontinent als für ihr eigenes Land. Gleichzeitig bewerten dieselben Personen, die die Vereinigung für positiv für Polen halten, sie auch positiv für Europa. Für negativ halten die deutsche Einheit lediglich wenige Prozente der Befragten.

Bewerten sie die einzelnen Folgen der Wiedervereinigung Deutschlands, stimmen die meisten Polen der Feststellung zu, dass dieses Ereignis zur Stabilität der politischen Lage in Europa beigetragen hat (68%). Nicht viel weniger Befragte (61%) bestätigen, dass die Vereinigung auf längere Sicht den Beitritt Polens und anderer Länder zur Europäischen Union

Diagramm 2. Bewertung der Folgen der Vereinigung Deutschlands (in %)



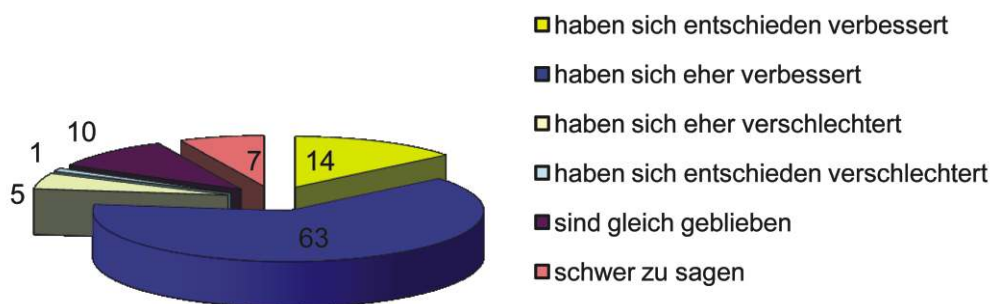
Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2010

ermöglicht hat. Gleichzeitig ist die Hälfte der Befragten der Meinung, dass die Vereinigung Deutschlands zur politischen und wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands in Europa geführt hat (50%). Das bedeutet, dass die Gruppe, die diese Meinung teilt, entschieden größer ist als die, die sie nicht teilt. Die wenigsten befragten Personen – ein Drittel – unterstützen die These, dass infolge der Vereinigung nationalistische Stimmungen in Deutschland aufgekommen sind (37%). In diesem Fall sind die Unterschiede zwischen denjenigen Personen, denen derartige nationalistische Tendenzen als Folge der Vereinigung aufgefallen sind, und den Personen, die sie nicht wahrnehmen (33%) oder keine Meinung dazu haben (30%), verhältnismäßig gering.

Der Einfluss der Vereinigung Deutschlands auf die deutsch-polnischen Beziehungen

Positiv bewerten die Polen auch den Einfluss der Vereinigung Deutschlands auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Über drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass sich dadurch die Beziehungen verbessert haben (77%). Gegenteilig Meinung sind lediglich 6%. Keine Veränderungen hat ein Zehntel der Befragten wahrgenommen. Diejenigen Personen, die eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen wahrgenommen haben, befanden gleichzeitig, dass die Einheit sich positiv auf Polen ausgewirkt habe.

Diagramm 3. Haben sich die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Vereinigung Deutschlands verbessert oder verschlechtert? (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2010

Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Antworten, die 1990 gegeben wurden, als lediglich ein Fünftel der Befragten eine Chance auf Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen sah, lässt sich eine wesentliche Veränderung der Meinung in der polnischen Gesellschaft über die Folgen der Vereinigung Deutschlands für Polen feststellen.

Die aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen und die damit verbundenen Herausforderungen

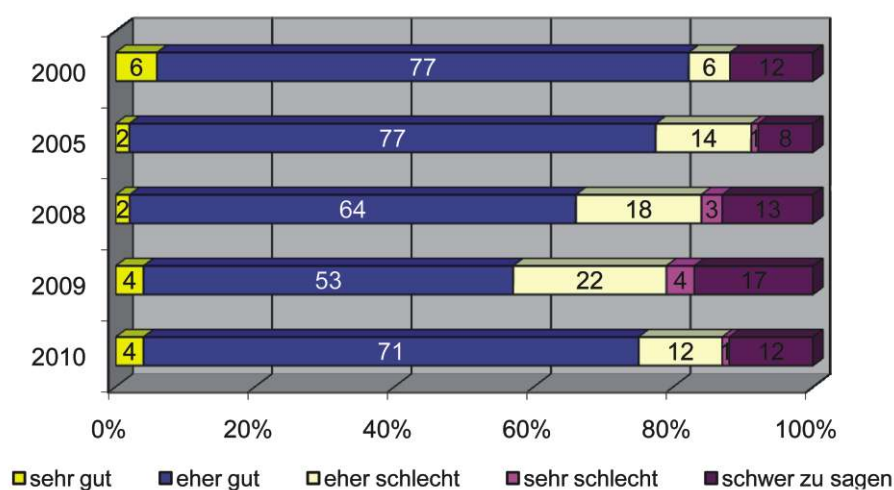
Die Überzeugung der Polen von dem positiven Einfluss der Vereinigung Deutschlands auf die Situation in Europa und Polen sowie für die deutsch-polnischen Beziehungen wirft die Frage auf, wie derzeit die gegenseitigen Beziehungen bewertet werden. Zwanzig Jahre nach der Vereinigung sind manche Probleme, die 1990 noch wichtig waren, verschwunden. Es sind jedoch neue Herausforderungen aufgetreten. Heute, da Polen zur Europäischen Union gehört, ruhen die

bilateralen Kontakte auf einer breiteren europäischen Grundlage. Daher haben sie auch eine völlig andere Dynamik als zu dem Zeitpunkt, da sich die beiden deutschen Staaten vereinigten.

Der Stand der deutsch-polnischen Beziehungen aus Sicht der Polen

Drei Viertel der Polen bewerten die deutsch-polnischen Beziehungen als gut oder sehr gut (75%). Im Jahr 2010 ist dieser Prozentsatz, nach vorheriger jahrelanger fallender Tendenz (von 83% im Jahr 2000 auf 57% im Jahr 2009) deutlich gestiegen. Innerhalb des vergangenen Jahres ist die Personengruppe um die Hälfte kleiner geworden, die über diese Beziehungen eine eher schlechte oder schlechte Meinung hat (von 26% im Jahr 2009 auf 13% aktuell). Diese Veränderung zeigt, dass die polnische Gesellschaft die tatsächlichen Veränderungen, die innerhalb der letzten Monate in den deutsch-polnischen Beziehungen eingetreten sind, wahrnimmt.

Diagramm 4. Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen durch Polen in den Jahren 2000-2010 (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2000, 2005, 2008, 2009 und 2010

Nach einer Zeit der erheblichen Abkühlung der gegenseitigen Beziehungen in den Jahren 2005-2007, blieben in den bilateralen Beziehungen ungelöste Probleme und ein Mangel an Vertrauen und Verständnis (daher der Abfall, der in den Jahren 2005-2008 zu verzeichnen war). Nach dem Antritt der Regierung von Donald Tusk kam es zu deutlichen Verbesserungen in den gegenseitigen Beziehungen, besonders in der Kommunikation auf höchster Ebene. Die Lösung der angefallenen Probleme brauchte jedoch Zeit. Beide Seiten mussten sich in der noch immer neuen Situation der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Europäischen Union zurechtfinden, da Deutschland nun nicht mehr Polens Anwaltden Bemühungen um die Aufnahme in die Gemeinschaft war, und Polen aufgehört hatte, ein Land zu sein, das unterstützt werden musste. Die gegenseitigen Beziehungen wurden von einem immer stärker werdenden Realismus bestimmt, was aus der Partnerschaft auf verschiedenen Ebenen der EU-Strukturen folgte. Die Polen verstehen derzeit, dass sie keine Angst vor ehrlicher und konstruktiver Kritik an dem großen Nachbarn haben müssen, so wie es vor dem Beitritt Polens in die Europäische Union der Fall gewesen war, als Deutschland die polnischen Bestrebungen nach Mitgliedschaft aktiv unterstützt hat. Neben den positiven Gesten sind aber bis jetzt ungelöste und schmerzliche Fragen geblieben (auch solche, die

man vor 2004 absichtlich nicht aufgegriffen hat). Dies hat dazu geführt, dass sich die Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen 2008 und 2009 wieder verschlechtert.

Die zweite Jahreshälfte 2009 und die erste Jahreshälfte 2010 haben gewisse Veränderungen in den gegenseitigen politischen Beziehungen gebracht. Das Jahr 2009 – das Jahr der Jahrestage –, der 20. Jahrestag des Falls des Kommunismus in Osteuropa, der 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, der 5. Jahrestag der Aufnahme Polens und anderer mittelosteuropäischer Staaten in die Europäische Union, war reich an vielen bedeutsamen Symbolen, die eine positive Atmosphäre in den beiderseitigen Beziehungen schafften. Die Anwesenheit der Kanzlerin Angela Merkel bei den Feierlichkeiten zum Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September auf der Westerplatte oder die Hervorhebung der Rolle Polens im Prozess des Falls des Kommunismus, der zum Fall der Berliner Mauer geführt hatte, wurden in Polen positiv aufgenommen und bestätigten das gute deutsch-polnische Verhältnis. Auch der erste Auslandsbesuch des deutschen Außenministers Guido Westerwelle nach Warschau sowie die Bestätigung der Bedeutung des Verhältnisses zu Polen im Koalitionsvertrag der deutschen Regierungsparteien, waren positive Signale. Ähnlich hat das sehr herzliche Verhältnis zwischen Angela Merkel und Donald Tusk den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen unterstützt. All diese Ereignisse und Fakten haben ein positives Bild der deutsch-polnischen Beziehungen geschaffen, das sich in den Ergebnissen der Befragungen von 2010 niederschlägt.

In der aktuellen Politik ist ebenfalls zu sehen, dass beide Länder partnerschaftlich miteinander umgehen. Die Zeit, da Polen in Deutschland als notorischer *trouble maker* wahrgenommen wurde, und die polnischen Medien deshalb ein negatives Bild der gegenseitigen deutsch-polnischen Beziehungen zeichneten, ist vorbei. Auf der europäischen Ebene bekommt Polen immer mehr Anerkennung, was die Wahl Jerzy Buzeks zum Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie der Erfolg der Initiative *Östliche Partnerschaft* zeigen. Die Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen eröffnet überdies breitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Deutschland im Rahmen der Europäischen Union.⁴ Die deutlich verbesserte Kommunikation polnischer Argumente, die Suche nach Koalitionspartnern und konstruktive Kompromissvorschläge führen dazu, dass Berlin mit Warschau rechnet und die deutsch-polnischen Beziehungen, selbst im Falle von Meinungsverschiedenheiten, sich nicht verschlechtern.

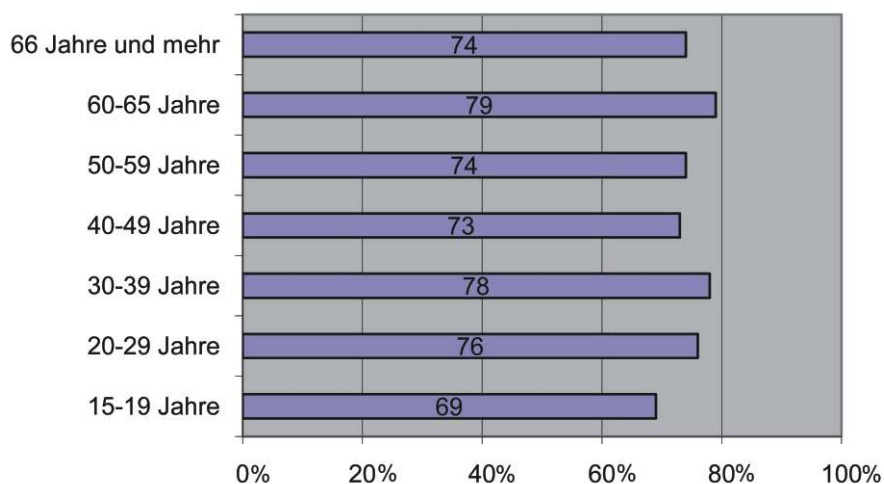
Bilateral haben die vergangenen Monate keine Verschärfung der Lage gebracht – ganz im Gegenteil: viele Streitigkeiten, zuvor oft unnötig dämonisiert oder künstlich aufgeblasen, sind verstummt. Der Dialog wird von den zuständigen Beamten geführt, die Kontakte der Politiker auf verschiedenen Ebenen gestatten es, den Beziehungen eine entsprechende Dynamik zu geben und die gegenseitigen Erwartungen und Ansichten zu verstehen. Der Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen und das Museum zum Gedenken an die Opfer der Vertreibungen oder die Kontroversen um die Ostseepipeline wurden von der Liste der Hauptthemen genommen und von überflüssiger Emotionalität befreit. Auch kam es im polnischen Präsidentschaftswahlkampf nicht zu antideutschen Tönen, was in den vorangegangenen Jahren oft der Fall gewesen war. Und obwohl hier weiterhin viele Fragen offen geblieben sind, schaffen sie nicht den falschen Eindruck einer Krise.

Analysiert man die Meinungen zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen nach Altersgruppen, sind keine bedeutenden Meinungsunterschiede zu sehen. Derzeit entzweit die Bewertung der Beziehungen zu Deutschland also nicht die Generationen. Dennoch fallen zwei Trends auf, die geringfügig vom Durchschnitt abweichen. Verhältnismäßig am schlechtesten

⁴ Mehr zu diesem Thema vgl.: A. Łada, E. Kaca, K.-O. Lange, J. Peters, *Russland heute und morgen. Meinungen polnischer und deutscher Experten*, Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten], Warschau 2010.

(obwohl immer noch sehr positiv) bewerten die jüngsten Befragten die Beziehungen zum westlichen Nachbarn (69% der Antworten, dass der Stand der Beziehungen gut oder sehr gut ist), am besten hingegen bewerten ihn die Personen im Alter von 60-65 Jahren (79%). Unter den jüngsten Befragten waren aber auch die wenigsten Personen, im Vergleich zu anderen Altersgruppen, die diese Beziehungen negativ bewertet hätten, und die meisten Unentschiedenen. Dies zeugt in erster Linie von dem geringen Interesse junger Menschen für Politik sowie internationale Angelegenheiten, was beunruhigen muss.

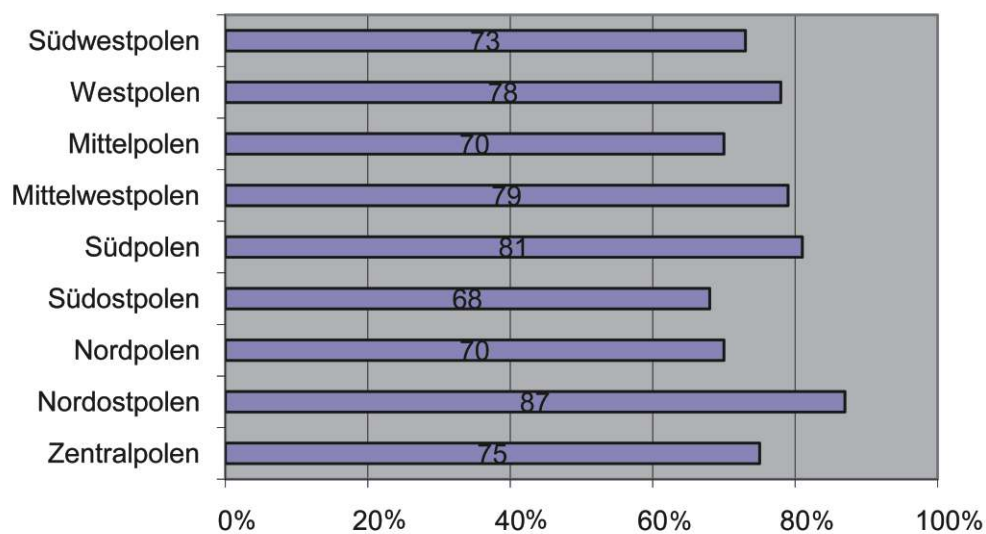
Diagramm 5. Positive Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen nach Lebensalter



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2010

In dem Diagramm sind die Antworten zusammengefasst, die die deutsch-polnischen Beziehungen als „sehr gut“ und „gut“ bewerten.

Diagramm 6. Positive Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen nach Regionen (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2010

In dem Diagramm sind die Antworten zusammengefasst, die die deutsch-polnischen Beziehungen als „sehr gut“ und „gut“ bewerten.

Zieht man die regionale Aufteilung Polens in Betracht, lassen sich keine deutlichen Abweichungen in den Meinungen feststellen. Am positivsten bewerteten den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen die Bewohner des Nordostens (87%). Dies lässt sich vielleicht damit erklären, dass dieses Gebiet immer öfter von deutschen Touristen besucht wird, die die dortige schöne Landschaft schätzen. Ihr Aufenthalt bringt den Bewohnern Einnahmen. Dies ist jedoch eine andere Art des Kontaktes mit den Deutschen und ein anderes Geschäft als in den Teilen, die an Deutschland grenzen, wo die westlichen Nachbarn zum Einkaufen kommen, zum Zahnarzt oder zum Friseur gehen. Wahrscheinlich kreieren längere touristische Aufenthalte ein positiveres Image der deutsch-polnischen Beziehungen als Stippvisiten zu Handels- und Dienstleistungszwecken. Im Vergleich zu anderen Regionen bewerten Personen aus Südwestpolen (68%), die den geringsten Kontakt zu Deutschland haben, den Stand der Beziehungen am negativsten.

Wahrgenommene Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen

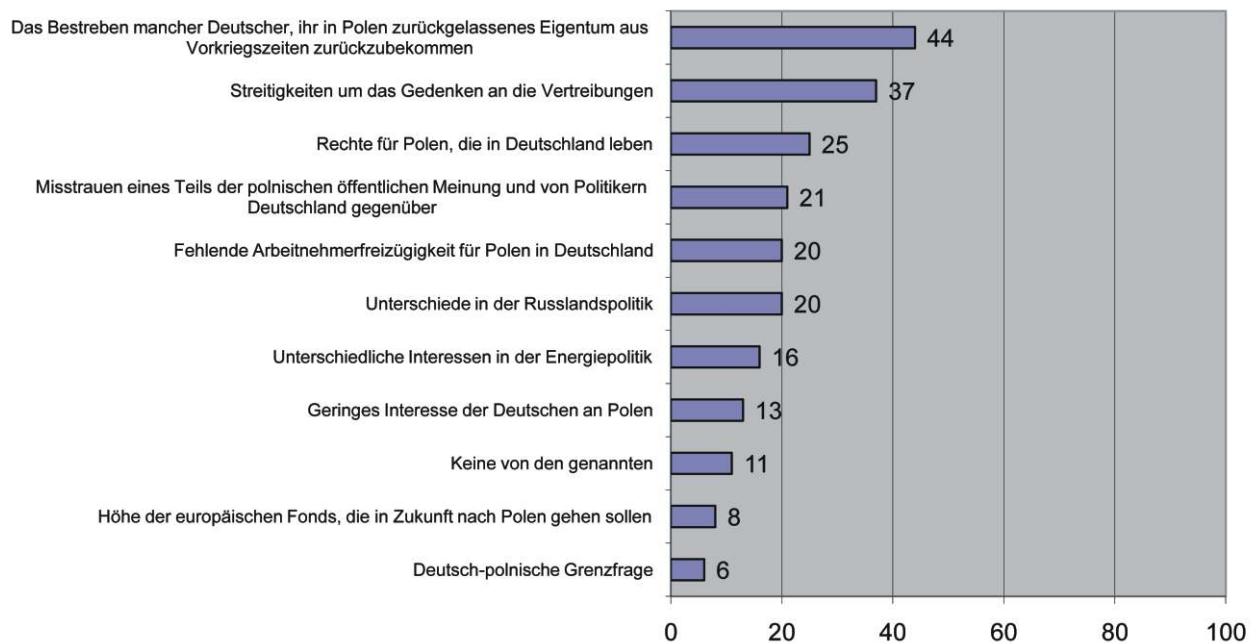
Trotz der offensichtlichen Verbesserung der Atmosphäre in der letzten Zeit und vieler positiver Signale, die sich in dem Anwachsen der positiven Bewertungen der deutsch-polnischen Beziehungen zeigen, treten zwischen Polen und Deutschland weiterhin Meinungsverschiedenheiten auf. Es bestehen auch Probleme, die es zu lösen gilt. Dabei handelt es sich jedoch um Fragen, die wesentlich weniger kontrovers sind oder weniger Spannungen auslösen, als die, von denen die Beziehungen vor zwanzig Jahren geprägt waren.

Die Befragten durften auf der Liste der zehn Themen drei ankreuzen, die ihrer Meinung nach zu den aktuell wichtigsten Problemen (was nicht bedeutet, dass diese Probleme ernst und groß sind) in den deutsch-polnischen Beziehungen gehören. Die Darstellung der Antworten zeigt, dass **für die Polen in den Beziehungen zu Deutschland derzeit kein einzelnes Problem dominiert**.

Zu den drei aktuellen Problemen zählen **für die Polen an erster Stelle die Bestrebungen mancher Vertriebener, ihr in Polen zurückgelassenes Eigentum aus Vorkriegszeiten zurückzubekommen (44%)**. An weiteren Stellen erwähnen die Befragten die **Streitigkeiten um das Gedenken an die Vertreibungen (37%)** sowie die **Rechte von in Deutschland lebenden Polen (25%)**. Alle drei Themen sind in den letzten Monaten oft in Medienberichten über die deutsch-polnischen Beziehungen erwähnt worden. **Weiter sind unter den drei häufigsten Themen: Misstrauen eines Teils der polnischen öffentlichen Meinung und von Politikern gegenüber Deutschland (21%), Unterschiede in der Russlandpolitik sowie fehlende Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen in Deutschland, Unterschiedliche Interessen in der Energiepolitik (16%) sowie geringes Interesse der Deutschen an Polen (13%)**. **Am seltensten wurden unter den drei dominierenden Themen die Höhe der europäischen Mittel, die in Zukunft nach Polen gehen sollen, (8%) genannt, sowie die Frage des deutsch-polnischen Grenzverlaufs (6%)**. Etwa 11% der Befragten sind der Meinung, dass keine der genannten Herausforderungen derzeit zu den wichtigsten Problemen in den deutsch-polnischen Beziehungen gehört.

Von drei ausgewählten Problemen befassen sich die beiden ersten mit der Geschichte und der Erinnerung an sie. Erst auf den folgenden Plätzen kommen Fragen, die aktuelle politische Herausforderungen und die Zukunft betreffen. Das ist weder Zufall noch ist es überraschend. Es bestätigt, welchen großen Einfluss die Medien auf die Ansichten der Gesellschaft haben (die am häufigsten angekreuzten Themen werden auch mit Vorliebe von Journalisten aufgegriffen). Möglicherweise ist die hohe Prozentzahl derer, die auf den geschlossenen Arbeitsmarkt hinweisen, darauf zurückzuführen, dass die Personen dieses Thema, das in den vergangenen Jahren laut viel in den Medien diskutiert wurde, im Hinterkopf haben. Dagegen wird in den Massenmedien seltener über Herausforderungen wie den Konflikt um die Höhe der europäischen Mittel, die in Zukunft an

Diagramm 7. Die wichtigsten aktuellen Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2010

Die Prozentzahlen ergeben zusammen nicht 100, da die Befragten bis zu drei Antworten auswählen konnten.

Polen gehen sollen, gesprochen. Dies ist – nach Meinung der Medien – ein kompliziertes Thema und für den Konsumenten von geringem Interesse.

An erster Stelle der drei wichtigsten Probleme wurden die **Bestrebungen mancher deutscher Vertriebener, ihr in Polen zurückgelassenes Eigentum aus Vorkriegszeiten zurückzubekommen** genannt. In den vergangenen Jahren hatten die polnischen Medien Informationen über derartige Bestrebungen von Deutschen, die vor dem Krieg Eigentümer von Land auf heutigem polnischen Gebiet gewesen waren, berichtet. Im Vergleich zur Anzahl deutscher Vertriebener waren dies jedoch Einzelfälle. Größtenteils hatten diese Personen das Recht auf Grundbesitz durch Fehler im polnischen Rechtssystem zu Zeiten der Volksrepublik erstritten, als die Rechte der Polen, die die von deutschen Familien zurückgelassenen Höfe übernommen hatten, nicht entsprechend gesichert waren. Die Entscheidungen von polnischen Gerichten über die Rückgabe des Eigentums an die deutschen Besitzer beruhten also auf geltendem Recht. Die Klärung der Frage, wie den Polen, die infolge einer solchen Entscheidung das jahrelang von ihnen bewohnte Haus verlassen müssen, zu helfen ist, liegt also vor allem in polnischer Verantwortung – obwohl solche Fälle mit Sicherheit mit dem deutschen Partner diskutiert werden müssen. Es muss dennoch unterstrichen werden dass es in Deutschland derzeit keine ernst zu nehmende politische Kraft oder Gruppierung gibt (denn die Preußische Treuhand ist keine starke Gruppierung), die nach der Wiederaneignung von Land oder Gebäuden auf polnischem Gebiet streben würde. Das Problem taucht zwar tatsächlich auf, aber es gehört nicht zu den Faktoren, die die guten deutsch-polnischen Beziehungen beeinträchtigen würden.

An zweiter Stelle als eines der drei derzeit wichtigsten Probleme, nennen die Polen die **Streitigkeiten um das Gedenken an die Vertreibungen (37%)**. Sie gehören seit mehreren Jahren zu

den deutsch-polnischen Beziehungen, genauer seit der Zeit, da der Bund der Vertriebenen sich für die Errichtung einer Gedenkstätte für die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den heutigen polnischen und anderen ehemals deutschen Gebieten in Berlin einsetzt. Die Idee, die von Anfang an sehr negativ in Polen aufgenommen wurde, ist zu einem ernststen Problem in den bilateralen Beziehungen geworden. Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wurde durch eine Entscheidung des Bundestages ins Leben gerufen und hat das Ziel, ein Zentrum zu errichten, das den Vertreibungen in europäischer Dimension gedenken soll. Die Finanzierung eines solchen Projektes durch den deutschen Staat, besonders die Aussicht, die Vorsitzende des Vertriebenenbundes, die in Polen so kontroverse Erika Steinbach, könnte in seinem Gremium sitzen, stieß in Polen auf Kritik. Die polnische Regierung befand jedoch, diese Frage sei eine innere Angelegenheit Deutschlands und (wie sich unter anderem Władysław Bartoszewski äußerte) setzte darauf, dass die deutsche Regierung die Frage unter Respektierung der Gefühle der Polen lösen würde. Diese zurückhaltende, distanzierte Haltung der polnischen Regierung in Bezug auf die innerdeutschen Streitigkeiten um die Besetzung des Beirates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat dazu geführt, dass das Thema aufhörte, die gegenseitigen Beziehungen zu belasten, obwohl es nicht aufhörte zu existieren. Die Lösung des Konfliktes durch die deutsche Regierung – die darauf beruhte, den Stiftungsrat im Gegenzug für den Rückzug von Erika Steinbach zu erweitern – blieb Angelegenheit Deutschlands. Um diese Frage wurde es wieder lauter, als die im CDU-Bundesvorstand sitzende Vorsitzende des Vertriebenenverbandes auf einer Fraktionssitzung zwei Verbandsmitglieder verteidigte, die mit ihren Aussagen suggeriert hatten, dass Polen mit der Mobilmachung seiner Armee im Frühjahr 1939 zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges beigetragen hätte. Erika Steinbach unterstützte ihre Thesen. Ein paar Tage darauf beleidigte sie in einem Interview Władysław Bartoszewski, indem sie sagte, er haben „einen schlechten Charakter“. In Deutschland stießen diese Aussagen auf eindeutige Ablehnung seitens aller seriösen politischen Kräfte und meinungsbildenden Kreise. In ihren Kommentaren gaben die deutschen Journalisten zu, dass die Polen seit Jahren recht damit gehabt hatten, Erika Steinbach zu misstrauen und ihr antipolnische Ansichten vorzuwerfen. Die hier besprochene Studie wurde kurz vor diesen Ereignissen vorgenommen. Es lässt sich jedoch vermuten, dass das Thema des Gedenkens der Vertreibungen und der Umgang Deutschland mit Personen, die diese Interessengruppe in Deutschland repräsentieren, die Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen weiterhin beeinflussen wird.

Das dritte unter den drei am häufigsten genannten Problemen sind die Rechte von in Deutschland lebenden Polen (25%). In diesem Fall ist es notwendig, auf einige Fragen hinzuweisen, die mit dieser Problematik zusammenhängen. Die Polen haben, wie im Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 festgelegt, in Deutschland nicht das Recht, sich als nationale Minderheit zu bezeichnen. Diese Entscheidung war richtig, da die Polen, die aktuell in Deutschland leben, nicht ethnisch aus den derzeitigen Gebieten der Bundesrepublik stammen. Abgesehen von der Bezeichnung, muss dennoch unterstrichen werden, dass die polnischen Bürger in Deutschland die gleichen Rechte haben wie die deutsche Minderheit in Polen. Das Problem besteht also nicht in der Vorschrift, sondern in der Umsetzung auf deutscher Seite. Derzeit dreht sich die Diskussion vor allem um die Umsetzung dieser Vorschrift, wofür in vielen Fällen die Regierung in Berlin nicht verantwortlich ist. Dies folgt teils aus dem Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland, der dazu führt, dass beispielsweise das Schulsystem Ländersache ist. Die Länder aber sehen sich formal nicht in der Verantwortung für diese Vorschriften, die in einem Vertrag vorgesehen sind, den die Bundesregierung unterzeichnet hat. Deshalb ist die Frage des Polnischunterrichts als Muttersprache oder des Zugangs zu Polnisch als Fremdsprache erschwert, denn keine der beiden Seiten fühlt sich verantwortlich dafür, die vertraglichen Vereinbarungen umzusetzen. Ähnlich sieht es im Bereich der Förderung der polnischen Kultur aus. Zu diesem Thema werden mit der deutschen Seite bereits Gespräche geführt und auf beiden Seiten – so an den

Gesprächen beteiligte Beamte – ist der gute Wille zu einer konstruktiven Zusammenarbeit da. Mit Sicherheit jedoch besteht die Rolle der polnischen Behörden darin, die Deutschen auf die mangelnde Umsetzung der Vertragsfestlegungen hinzuweisen.⁵

Nicht ohne Bedeutung bei der Inanspruchnahme der zugesicherten Rechte ist die Stellung der Polen in Deutschland. Obwohl es viele verschiedene Organisationen gibt, fehlt es an konstruktivem Lobbyismus von ihrer Seite und auch an einer gemeinsamen starken Repräsentation. Die fehlende Kommunikation innerhalb der polnischen Gemeinschaft ist den Gesprächen mit der Regierung in Berlin nicht förderlich. Man darf auch nicht vergessen, dass viele in Deutschland lebende Polen gar nicht der Meinung sind, dass sie in ihren Rechten diskriminiert werden. Derzeit haben sie einen so engen Kontakt zu Polen, dass sie nicht das Bedürfnis haben, von den deutschen Behörden unterstützt zu werden. Dies bedeutet nicht, dass man aufhören kann, die Rechte der Polen jenseits der Oder anzumahnen, aber es zeigt, dass dieses Problem nicht aufgeblasen werden darf.

Eine andere Frage, die mit den Rechten der Polen in der Bundesrepublik zusammenhängt und die durch die Medien gegangen ist, war das Verbot für polnische Bürger, während eines vom Jugendamt beaufsichtigten Treffens mit den Kindern Polnisch zu sprechen. Es handelte sich dabei um Einzelfälle, die Personen betrafen, deren Kontakt mit den Kindern unter Aufsicht eines Beamten stattfinden musste, weil die Vergangenheit dieses konkreten Elternteils beim zuständigen Gericht hatte Zweifel aufkommen lassen. Damit der Beamte das von ihm beaufsichtigte Gespräch verstehen konnte, musste es auf Deutsch stattfinden. Das Vorgehen des Jugendamtes beruhte also nicht auf einer antipolnischen Einstellung der deutschen Behörden, sondern auf ihrer allgemein fehlerhaften Politik (fehlender Dolmetscher oder keine Bereitstellung von Mitarbeitern, die die Fremdsprache, in diesem Falle Polnisch, beherrschen) oder einem Übermaß an Bürokratie. Solche Fälle wurden in den Medien verkürzt dargestellt, nicht selten als Beispiel für die Diskriminierung von Polen. Diese Fragen werden derzeit von den zuständigen Beamten geklärt.

Wenn die Polen die drei ihrer Meinung nach wichtigsten Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen benennen sollen, **sprechen 21% von dem Misstrauen eines Teils der polnischen öffentlichen Meinung und der Politiker Deutschland gegenüber**. Dass dieses Thema benannt wird, zeugt davon, dass – nach Meinung der Befragten – die Schuld für die nicht immer gut funktionierenden beiderseitigen Beziehungen nicht nur Deutschland zuzuschreiben ist. Die antideutschen Aussagen mancher Politiker oder die negativen Meinungen eines Teils der Gesellschaft sind – wie diese Studie zeigt – ebenfalls von Bedeutung. Sie verderben die Atmosphäre, vertiefen das Misstrauen und machen die konstruktive Zusammenarbeit in den Bereichen unmöglich, in denen sie unerlässlich ist. Sie erschweren auch die Lösung von Problemen.

An nächster Stelle wird die **Fehlende Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen in Deutschland (20%)** genannt. Dieses Problem wird sich in wenigen Monaten lösen, da mit dem 1. Mai 2011 die Übergangslösungen wegfallen. Sie sollten den Arbeitsmarkt der alten EU-Länder schützen, denn diese waren der Meinung, dass ein Zufluss an Arbeitskräften aus den beitretenden Ländern ihren Arbeitnehmern schaden würde. Deutschland hatte sich um diese Regelung besonders bemüht und sie bis zuletzt aufrecht erhalten (außer Deutschland und Österreich haben die übrigen Länder sie in den vergangenen Jahren aufgehoben). Seit Beginn der Diskussion darüber hat dieses Thema Polen und Deutsche entzweit und sich lange negativ auf die gegenseitigen Beziehungen ausgewirkt. Seit ein paar Jahren jedoch stellt es kein großes Problem mehr da. Polnische Arbeitnehmer begannen, in anderen Ländern zu arbeiten, was dazu führte, dass die fehlende Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Bundesrepublik nicht mehr als sehr schmerzlich empfunden wurde. Die Regierung in Berlin führte

⁵ Mehr zu diesem Thema vgl.: *Obywatele niemieccy o polskich korzeniach: propozycje wspierania języka polskiego w Niemczech [Deutsche Staatsbürger mit polnischen Wurzeln: Vorschläge zur Förderung der polnischen Sprache in Deutschland]*. Bericht der Kopernikusgruppe, Nr. 18, August 2010.

unterdessen viele Regelungen ein, die verschiedenen Gruppen, je nach Bildungsstand und Beruf, die Aufnahme von Arbeit gestattete. Die ganze Zeit hindurch existieren auch Kontingente, die jährlich einer bestimmten Anzahl von Polen gestatte, ein Arbeitsverhältnis aufzunehmen. Diese Kontingente wurden nicht immer ausgeschöpft.⁶ Polen können sich auch selbst anstellen, wenn sie ein selbstständiges Unternehmen führen, was gemäß der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union erlaubt ist. Diese Fakten sind jedoch der öffentlichen Meinung nicht allgemein bekannt. Die Diskussion über die Schließung des deutschen Arbeitsmarktes bis 2011 war dagegen laut und heftig.

Ebenso häufig wurden als Problem in den deutsch-polnischen Beziehungen die **Unterschiede in der Russlandpolitik (20%)** genannt. Warschau hatte Berlin lange vorgeworfen, dass es Russland gegenüber keine europäische Politik betreibe, sondern sich nach eigenen nationalen Interessen richte. Die Überzeugung von der eigenen Linie gegenüber Moskau bestätigte besonders die Haltung von Kanzler Gerhard Schröder, der aus seiner Freundschaft zu Wladimir Putin keinen Hehl machte. Die Unterzeichnung des Vertrages über den Bau der Ostseepipeline in Anwesenheit beider Politiker vertiefte das Misstrauen der Polen. Die aktuelle Politik Deutschlands ist nicht mehr so prorussisch und die Koalitionspartner unterstreichen, dass die Zusammenarbeit mit Warschau in diesem Bereich unerlässlich ist. Die deutschen Experten – so eine Studie des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten – hielten dies für angezeigt. Polen dagegen ändert nach Jahren antirussischer Politik sein Verhältnis zu Moskau, was einer Kooperation mit Deutschland in diesem Bereich entgegenkommt. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass zwischen Polen und Deutschland weiterhin Unterschiede in der Wahrnehmung Russlands sowie der Russlandpolitik bestehen.

An siebter Stelle wurde das Problem der **unterschiedlichen Interessen in der Energiepolitik genannt (16%)**. Dies ist eine verhältnismäßig geringe Prozentzahl der Befragten, wenn man in Betracht zieht, dass noch vor wenigen Jahren das Thema Ostseepipeline zu den wichtigsten Streitfragen zwischen Warschau und Berlin gehörte. Derzeit tauchen immer wieder neue Elemente dieses Problems auf. Energiepolitik, das ist nicht nur „das Rohr auf dem Grund der Ostsee“, sondern vor allem die gesamte Energiestrategie der Europäischen Union, die Haltung zu den Anteilen an erneuerbaren Energien oder die Frage der Planung (in Polen) und der Stilllegung (in Deutschland) von Atomkraftwerken. Zu diskutierende Themen, und somit auch unterschiedliche Standpunkte, gibt es viele. Denn die Lage, die bisherigen Versorgungsquellen und die Möglichkeiten beider Länder unterscheiden sich. Die Politiker beider Staaten bestätigen, dass in diesem Bereich das gegenseitige Verständnis wächst und die intensive Kommunikation weitergeführt wird. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Klärung dieses Problems, obwohl der Weg zu einer gemeinsamen Lösung mit Sicherheit nicht leicht sein wird.

Das Schlusslicht auf der Liste mit den aktuellen Problemen, die die Polen benennen, bildet die **Höhe der europäischen Fonds, die in Zukunft nach Polen gehen sollen (8%)**. Dies ist tatsächlich eine Herausforderung, die die deutsch-polnischen Beziehungen auch in den kommenden Jahren begleiten wird, wenn das Budget der Europäischen Union für den nächsten Zeitraum ausgehandelt werden wird. Verständlich ist jedoch, dass nur wenige der Befragten sich über dieses Problem im Klaren sind, denn es taucht nicht in den Schlagzeilen der Presse auf. Am häufigsten erwähnten es Spezialisten, Eigentümer und Direktoren sowie Höchstverdiener, sprich Personen, die sich am meisten für dieses Thema interessieren und die potenziell mit den Zuschüssen der EU befasst sind.

Am seltensten wurde die Frage genannt, die vor 20 Jahren die Polen im Hinblick auf die Vereinigung Deutschlands am meisten beunruhigt hatte: Der deutsch-polnische Grenzverlauf

⁶ Mehr zum Thema Beschäftigung von Polen in Deutschland vgl.: J. Frelak, A. Łada, K. Schwarz, R. Parkes (Mitarbeit), *Polska migracja zarobkowa do Niemiec – fakty i mity / Polnische Arbeitsmigration nach Deutschland – Fakten und Mythen*, Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten], Warschau 2009.

(6%). Nach der Unterzeichnung des Grenzvertrages kurz nach der Vereinigung hörte dieses Problem auf zu existieren und die darauffolgenden Jahre bestätigten, dass die Umsetzung der im Vertrag festgelegten Punkte ohne Hindernisse ablief.

Analysiert man die Unterschiede in der Bewertung aktueller Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen nach Lebensalter, fällt auf, dass die Ansichten einzelner Generationen der Polen sehr ähnlich sind. In jedem Falle werden die Frage um die Bestrebungen mancher deutscher Vertriebener nach Rückgewinnung ihrer Besitztümer sowie der Streit um das Gedenken an die Vertreibung an erster oder zweiter Stelle genannt. Unterschiede – allerdings sind sie gering – zeigen sich in der Reihenfolge, in der die übrigen Probleme genannt werden. So nennen die jüngsten Befragten bereits an dritter Stelle das *Misstrauen eines Teils der polnischen öffentlichen Meinung und von Politikern Deutschland gegenüber*, und an vierter Stelle die *Fehlende Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland*. Am letzter Stelle nennen sie die *Unterschiede in der Energiepolitik*. Dafür wird von den jungen Befragten das Problem der *Höhe der europäischen Fonds, die in Zukunft nach Polen gehen sollen* überhaupt nicht benannt. Jede fünfte Person dieser Gruppe befindet, dass keines der erwähnten Themen zu den aktuellen Problemen gehört. Dies zeugt, wie bereits erwähnt, vom geringen politischen Bewusstsein der Jugend und von einem Desinteresse an Auslandsangelegenheiten.

Die Unterschiede im Bildungsstand und Arbeitsstelle haben keinen nennenswerten Einfluss auf die Bewertung der aktuellen Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen. Allerdings fällt auf, dass Spezialisten, Eigentümer, Direktoren und Beamte, Befragte mit höherer Bildung sowie Gutverdienende öfter als die Übrigen die Unterschiede in der Russlandpolitik und die unterschiedlichen Interessen in der Energiepolitik erwähnen. Arbeitslose Befragte dagegen nennen bereits an zweiter Stelle die *Fehlende Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland*.

Die Befragten nannten die Probleme, die sie für die drei wichtigsten in den aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen hielten. **Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie ihnen für diese Beziehungen besondere Bedeutung beimessen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die allgemeine Bewertung dieser Beziehungen sehr gut ist.** Zusammenhänge zwischen der negativen Bewertung der deutsch-polnischen Beziehungen und der Hervorhebung eines bestimmten Problems in diesen Beziehungen bestehen nicht. Auf die gleichen Themen weisen sowohl Personen hin, die die gegenseitigen Beziehungen als gut bewerten als auch die wenigen Befragten, die eine schlechte Meinung über diese Beziehungen haben. Die entstandene Liste dient deshalb eher einer allgemeinen Orientierung darüber, welche Probleme nach Meinung der Polen noch zu lösen sind.

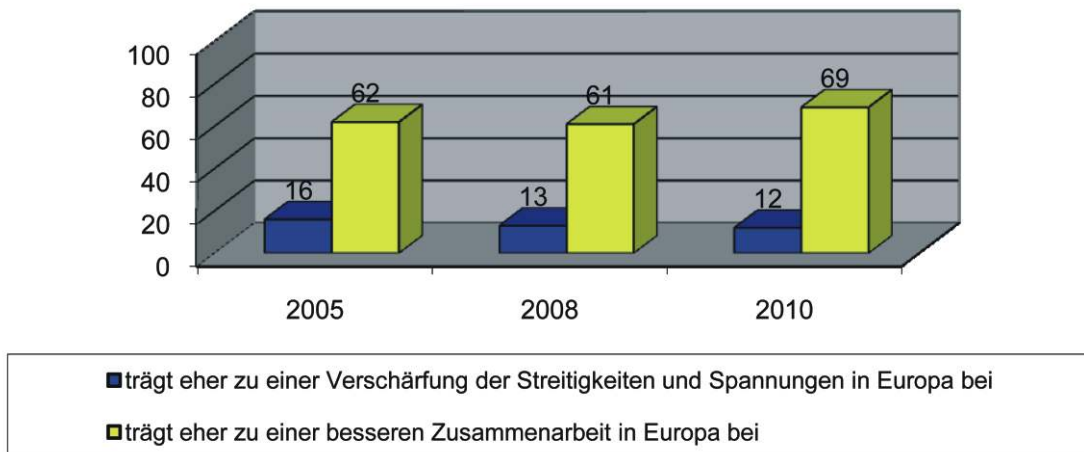
Die Bewertung der deutschen Europapolitik

Das Grundprinzip der Politik der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bestand darin, zur Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern beizutragen. Deshalb haben die jeweiligen Regierungen Westdeutschlands und dann des vereinten Deutschlands konsequent eine aktive Europapolitik betrieben. Nach 1989 war es unter anderem ihr Ziel, Polen in diese Gemeinschaft aufzunehmen. Indem sich die Bundesrepublik für einen unkomplizierten Ablauf des Prozesses der Integration des östlichen Nachbarn in die EU-Strukturen einsetzte, übernahm sie die Rolle des Anwalts für Warschau in den Bemühungen Polens um die Aufnahme in die Europäische Union.

Sechs Jahre nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union sind die Polen davon überzeugt, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beigetragen hat (69%). Im Vergleich mit den Bewertungen kurz nach dem Beitritt (62% im Jahr 2005) ist hier eine Steigerung um mehrere Prozentpunkte zu verzeichnen, was bedeutet, dass das gemeinsame Agieren in der

Europäischen Union sich positiv auf das Bild Deutschlands in der polnischen Gesellschaft ausgewirkt hat. Diese Verbesserung ist besonders dann zu sehen, wenn man in Betracht zieht, dass sich die Meinung zwischen 2005 und 2008 nicht verändert hat.

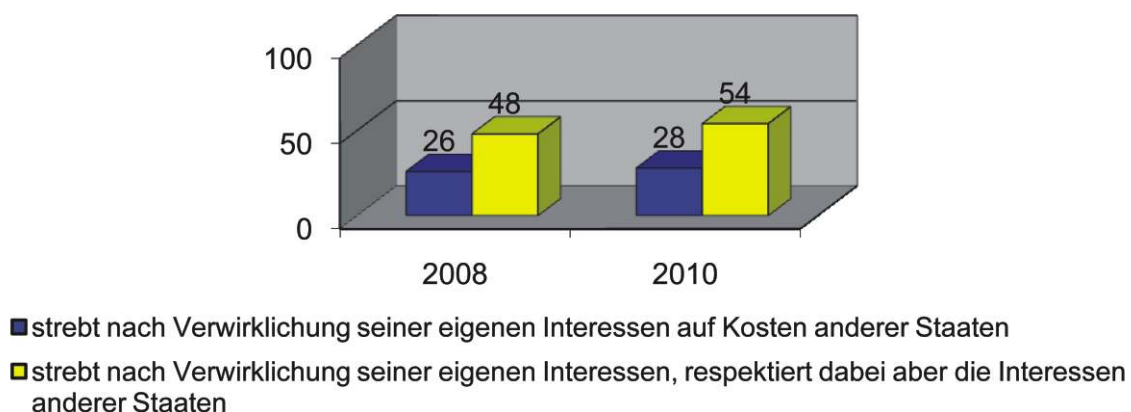
Diagramm 8. Trägt Deutschland zur Zusammenarbeit oder zur Verschärfung der Spannungen in Europa bei? (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2005, 2008 und 2010

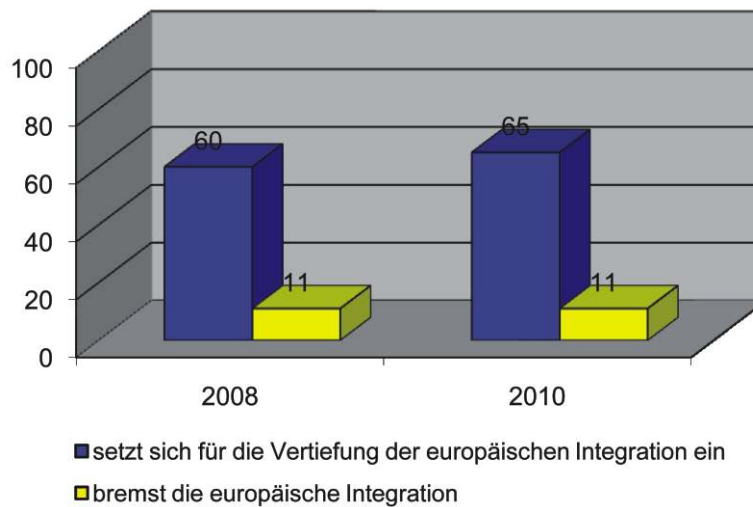
Die positive Bewertung der deutschen Aktivitäten auf der europäischen Ebene bedeutet nicht, dass Berlin nicht als Verteidiger seiner Interessen in der Europäischen Union wahrgenommen wird. Jedes Land, das europäische Politik macht, strebt danach, seine eigenen Ziele zu erreichen. Es kann dies jedoch auf Kosten anderer Staaten oder unter Berücksichtigung ihrer Interessen tun. Die Stimmungen, die 1990 in der polnischen Gesellschaft herrschten, mochten suggerieren, dass die Polen sich sowohl vor der Dominanz Deutschlands fürchteten, als auch davor, dass sich der Nachbar ausschließlich um seine eigenen Vorteile kümmern würde. Heute befindet über die Hälfte der Polen (54%), dass Deutschland nach seinen eigenen Zielen strebt, aber unter Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten. Im Vergleich zu den Ergebnissen von 2008 ist hier ein Anstieg dieser

Diagramm 9. Wie verwirklicht Deutschland seine Interessen in der Europäischen Union? (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2008 und 2010

Diagramm 10. Setzt sich Deutschland für die Vertiefung der europäischen Integration ein oder bremst Deutschland die europäische Integration? (in %)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, 2008 und 2010

Meinung zu verzeichnen. Davon, dass die Bundesrepublik ihre Interessen auf Kosten anderer Länder verwirklicht, sind 28% der Befragten überzeugt.

Ähnlich wie im Jahr 2008 befinden auch heute 11% der Polen, dass Deutschland die europäische Integration bremst. Zwei Drittel (65%) der Befragten sind der Meinung, dass Deutschland zugunsten der Vertiefung der europäischen Integration wirkt. Im Verhältnis zu den Ergebnissen der letzten Studie ist in diesem Fall also ein – wenn auch geringer – Anstieg der positiven Meinung über die deutsche Europapolitik zu verzeichnen.

Die Verbesserung der Meinung über die deutsche Europapolitik ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Erstens waren innerhalb der letzten zwei Jahre, nachdem die Koalition aus der Bürgerplattform und der Polnischen Bauernpartei die Regierung übernommen hatte, häufigere Kontakte Polens mit Deutschland auf der europäischen Ebene zu sehen. Aus den Kabinetten beider Staaten kamen Signale, man wolle seine Haltungen konsultieren, Initiativen unterstützen und sei bereit zu weiterer Kooperation in unterschiedlichen Bereichen, auch solchen, die für beide Länder besitzen Schlüsselfunktionen. In den Beziehungen zwischen Warschau und Berlin ist auf der europäischen Ebene die Bereitschaft zu Kompromissen viel sichtbarer geworden. Die polnischen Politiker betreiben eine konstruktive Europapolitik, kommunizieren ihre Pläne und Ansichten gut, und stoßen dank dessen auf deutscher Seite auf mehr Verständnis und auch auf den Willen zum Konsens.

Zweitens kann das positive Image Deutschlands als Folge seiner Herangehensweise an die wichtigsten Herausforderungen, die vor der Europäischen Union stehen, entstanden sein. Das Vorgehen von Berlin, auch wenn es manchen Ländern oder Experten nicht gefallen wollte oder von manchen Medien kritisiert wurde, wurde nicht als unversöhnlich oder als Verschärfung der Spannungen bewertet. Während der Finanzkrise hatte sich Deutschland dazu entschlossen, für das Wohl der Europäischen Union, die griechischen Schulden zu finanzieren. Deutschland bestätigte so sein Bild als Beitragszahler, nicht selten Retter Europas. Es ist keine Kritik an dem Vorgehen von Berlin zu verzeichnen, hingegen entstand das Bild von Deutschland als Stabilisator der Situation in Europa. Daher auch die bessere Bewertung der Politik Deutschlands.

Zusammenfassung

Die polnische Gesellschaft ist sich **außergewöhnlich einig in ihrer Bewertung der Einflüsse der Vereinigung Deutschlands sowohl auf das Schicksal Polens und Europas als auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Zwischen Personen verschiedener Alters- und Berufsgruppen, mit verschiedenen Wohnorten oder unterschiedlichen Gehältern treten keine großen Meinungsunterschiede auf.** Allgemein ist ein für die gesamte Gesellschaft und für Gesellschaftsstudien typisches Prinzip zu erkennen, dass gebildetere und besserverdienende Personen, Bewohner von Großstädten, Beamte, Geistesarbeiter sowie Spezialisten, Eigentümer und Direktoren positiver eingestellt sind. Die höhere Prozentzahl ihrer Antworten kommt auch daher, dass sie seltener als andere die Option „schwer zu sagen“ gewählt haben. Keine Meinung haben zumeist die am wenigsten gebildeten Personen, Geringverdiener, Dorfbewohner und Angestellte in einfachen Stellungen. Auch konnten junge Menschen häufiger als Personen mittleren und älteren Lebensalters keine Meinung angeben. Ihre Angabe „schwer zu sagen“ war oft doppelt so häufig oder noch höher als die der übrigen Altersgruppen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Jugendliche den deutsch-polnischen Beziehungen Abneigung entgegenbringen, die zu fehlendem Interesse führt und dass sie sie deshalb nicht bewerten können. Solche Stimmen folgen eher aus einem allgemeinen Desinteresse an Politik und Beziehungen zu anderen Ländern. Den Aufbau freundschaftlicher deutsch-polnischer Beziehungen unterstützen das Deutsch-Polnische Jugendwerk sowie zahlreiche Projekte, die sich an diese Altersgruppe richten. Aber bilaterale Initiativen allein reichen in diesem Fall nicht aus, denn das Problem ist wesentlich tief greifender. Nötig sind allgemeine Aktionen, die bei den jungen Menschen Interesse an gesellschaftlichen und politischen Fragen und an den Beziehungen zu anderen Ländern wecken. Dann werden mehr Vertreter dieser Altersklasse in der Lage sein, den Stand der Beziehungen zu anderen Staaten zu beurteilen.

Die durchgeführte Studie zeigt sehr deutlich, dass **20 Jahre nach der Vereinigung Deutschlands in der polnischen Gesellschaft die Befürchtungen, die vor und im Jahr 1990 auftraten, nicht mehr vorhanden sind. Die Polen bewerten den Einfluss des Zusammenschlusses beider deutscher Staaten sowohl auf das Schicksal Polens und Europas als auch auf die Beziehungen beider Nachbarstaaten zueinander positiv.** Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie in den gegenseitigen Beziehungen keine Probleme sähen.

Die positiven Antworten sollten nicht suggerieren, dass alles in den gegenseitigen Beziehungen in bester Ordnung ist. Es existieren weiterhin Bereiche, in denen Änderungen und Aktivitäten zur Verbesserung der Beziehungen unerlässlich sind. Die Reihenfolge der von den Befragten genannten Themen zeigt, wo intensives Engagement notwendig ist. Selbst wenn das keine Probleme sind, die eine Krise hervorrufen würden, muss man auf jeden Fall dafür Sorge tragen, dass Fragen, die Polen und Deutsche spalten, nicht nur die gegenseitigen Beziehungen nicht stören, sondern in den Medien nicht als ernste Probleme dargestellt werden. Zu diesem Zwecke müsste öfter über die mit Deutschland geführten Gespräche und die vorgeschlagenen Lösungen informiert werden. Denn Unwissen und falsche Vorstellungen führen häufig zu negativen und oft falschen Einschätzungen. Die gute Meinung, die die Studie zeigt, sollte Politiker, Beamte, Experten und alle Personen, die sich für deutsch-polnische freundschaftliche Kontakte einsetzen, zusätzlich mobilisieren. Die Erfahrung zeigt, dass diese guten Beziehungen sehr empfindlich sind und dass es sehr leicht ist, das, was mit so viel Mühe über lange Jahre aufgebaut wurde, wieder einzureißen.

Die bilateralen Beziehungen beruhen auf Vertrauen, Sympathie und Offenheit gegenüber den Vertretern des anderen Volkes in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Die bisherigen Studien des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten haben gezeigt, dass sich vor der Erweiterung

der Europäischen Union und gleich nach dem Beitritt Polens die gegenseitige Wahrnehmung in diesen Bereichen verbessert hat. 2008 wurde dieser Prozess gebremst, was eine Folge der erheblichen Abkühlung der politischen Beziehungen in den vorangegangenen Jahren war. Wie die Ergebnisse der in diesem Bericht besprochenen Studie zeigen, ist es in letzter Zeit wieder zu einer Verbesserung dieser Beziehungen auf höchstgekommen. Es stellt sich deshalb die Frage, wie die Bewertungen der zwischenmenschlichen Beziehung ausfallen würden. Das Jahr 2011 wird dazu Gelegenheit geben, denn im Juni jährt sich die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zum zwanzigsten Mal. Neben einer Untersuchung der Umsetzung seiner Festlegungen durch beide Regierungen würde es sich lohnen, eine breite Analyse der Sichtweisen beider Gesellschaften vorzunehmen. Erst dann wird das zwanzigjährige Funktionieren der deutsch-polnischen Beziehungen bewertet werden können.

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Projektes *Barometer der deutsch-polnischen Beziehungen 2010* entstanden, das das Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit und dank der finanziellen Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Europäischen Union im Rahmen des Programms „Europe for Citizens“ durchgeführt wurde. Für den Inhalt der Publikation zeichnet sich das Institut für Öffentliche Angelegenheiten verantwortlich. Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie die Europäische Union sind in keiner Weise für die in dieser Publikation geäußerten Ansichten verantwortlich.

Zu der Autorin:

Agnieszka Łada – Leiterin des Europa-Programms und Analytikerin am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau, Doktor der Politikwissenschaften. Sie absolvierte Politikwissenschaften der Universität Warschau sowie ein Postgraduiertenstudium in Organisationspsychologie in Dortmund. Mitglied des Teams Europe bei der Vertretung der EU-Kommission in Warschau sowie deutsch-polnischen Expertengruppen. Sie spezialisiert sich in Europafragen (Europäisches Parlament, Ratspräsidentschaft der EU, europäische Zivilgesellschaft, Ostpolitik der EU) und der deutschen Problematik, sowie in politischer Bildung. Sie publizierte u.a.: *Russland heute und morgen. Meinungen der polnischen und deutschen Experten* (ISP, Warschau 2010), *Towards a European demos?* (ISP, Warschau 2010), *The work of Poland's of the European Parliament. Goals, achievements and conclusion for the future* (ISP, Warschau 2009?), *Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa* (ISP, Warschau 2009), *Czech Presidency in the Council of the European Union – the view from Poland* (ISP, Warschau 2009)

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Projektes *Barometer der deutsch-polnischen Beziehungen 2010* entstanden, das das Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit und dank der finanziellen Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Europäischen Union im Rahmen des Programms „Europe for Citizens“ durchgeführt wurde. Für den Inhalt der Publikation zeichnet sich das Institut für Öffentliche Angelegenheiten verantwortlich. Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur sowie die Europäische Union sind in keiner Weise für die in dieser Publikation geäußerten Ansichten verantwortlich.



© Copyright by Fundacja Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2010.

Vollständige und/oder auszugsweise Nachdrücke von Materialien des Institutes für Öffentliche Angelegenheiten sind nur mit Einwilligung des Institutes möglich.

Das Zitieren von Textstellen sowie die Verwendung von empirischen Daten ist unter Angabe der jeweiligen Quellen erlaubt.

Rezension: *Piotr Buras*

Übersetzung: *Antje Ritter-Jasińska*

Instytut Spraw Publicznych
ul. Szpitalna 5 lok. 22
00-031 Warszawa
Tel. +48 22 556 42 99
Fax +48 22 556 42 62
E-mail: isp@isp.org.pl
www.isp.org.pl

ISBN 978-83-7689-001-2